

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Zeitungsgesellschaft, Pulsnitz, Pulsnitzstr. 18. Tel. Nr. 1. Tagesblatt Pulsnitz, Bezirksanzeiger, Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Wochenblatt, Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— — — Erscheint an jedem Werktag — — —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegerungs-Einrichtungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwanngsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz R. G., Großnaundorf, Dretznig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- u. Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Bräuer's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 108

Sonnabend, den 10 Mai 1930

82. Jahrgang

## Muttertag!

Zum 11. Mai.

Mitten hinein in Lenzesblühen und in das Liebeswerben in der Natur hat man den Tag gelegt, an dem ein jeder an den Ursprung seines Seins, an seine Mutter, gemahnt wird. Eine rajalebige, allzu nüchterne Zeit, die tiefen Gedanken abhold ist und sie für unnützen Ballast hält, braucht auf ihrem Wege Schranken, an denen sie zu einem „Salt“ gezwungen wird. Solch eine Schranke ist der Muttertag.

Ist es denn überhaupt notwendig, daß dem Menschen die Mutter nahe gebracht werden muß? Ist nicht in jedem Menschenherzen ein Altar der Mutter gebaut, an dem er kniet, wenn er beten will? Wissen wir nicht alle, daß in dem Wort „Mutter“ die wunderbare Geschichte der Schöpfung liegt?

Einem lebengebenden Schoß ist alles entsprossen, was da lebt und weht. Die „Mutter Erde“ liegt alle Jahre in den Geburtswunden jungen keimenden Lebens, und wenn ihre Zeit gekommen ist, dann drängt es ans Licht und predigt mit allgewaltigen Worten von der Liebe, die nimmer aufhört, so lange die Erde besteht. In derselben Zeit erwacht in der Tierwelt das Liebesleben. Im Schrei des Hirsches, im Balzen des Auerhahns, im Lockruf der kleinen gefiederten Sängerschar hören wir das Schöpferwort: „Es werde!“ und des: „Seid fruchtbar und mehret euch!“

Dies Allgewaltige liegt also in dem Wort „Mutter“, das Hohe, Heilige der Erfüllung legte ein Gott in ihren Schoß. Darum wollen und sollen wir mit sauberen Gedanken und reinem Herzen an dem Tage der Mutter, der Leben gebenden unser Danken und Denken weihen.

In langen Reihen ziehen sie an uns vorüber, die Mütter, in ihrer ganzen mannigfachen Gestalt: Bescheiden schreitende, den Glanz der inneren Größe und Reinheit auf der Stirn und in den Augen — mit einer Dornenkrone und von Geißelstieben zerfleisstem Rücken, gleich dem Heiland ein schweres Kreuz schleppende und oft zusammenbrechende — leichtfertige, im kokett geschützten Kleid, noch bewundernden Blicken haschende, die ein bemaltes Schild tragen mit der Aufschrift: „Wie wieder Mutter!“ — und solche, die ein armselig Häuflein Kinder immer um sich haben und ängstlich acht geben, daß keines von ihnen zu Schaden oder zu Fall kommt. Dann sieht man die, die ein Opfer der Leidenschaft wurden, die ratlos und hilflos ein Kindlein der Welt anbieten. Und auch die fehlen nicht, die, verlassen von allen und auch verlassen von ihrem guten Geist, ihr Kind umbrachten.

Sie alle wurden „Mutter“. — Doch nicht alle verstehen die Hoheit dieses Wortes. Menschen, die im Sumpf leben und das Gift dieses Sumpfes in ihren Kleidern tragen, haben es verstanden, der Heiligkeit des Mutterwerdens das Symbol zu nehmen und haben in Worten und Taten aus dem Hohenlied der Liebe eine erbärmliche Jote gemacht. Was Wunder, wenn die Schen, die Ehrfurcht vor der Mutter schwand.

Von allen Kulturwerten, um die wir ringen, soll der Kampf um die saubere Wertung des Wortes „Mutter“ an erster Stelle stehen. Mit der Achtung vor der Menschwerdung werden wir sichtlich reiner, und ein sittlich reiner Mensch wird immer ein Aufwacher und kein Zerstörer sein.

Es sind aus allen andern Motiven, nur nicht aus dem der Notwendigkeit heraus, Frauen zu Königinnen gekrönt worden — Modedivinnen — Schönheitsköniginnen usw. — ein Spiel — ein Zeitvertreib — ein Etwas, das den Wert der Frau nicht um ein Jota erhebt. In den vom Säckel gekrönten Frauen, an den Müttern mit der reinen Stirn und an denen mit der Dornenkrone ging man vorbei. Diese Mütter sind auch nicht zur Kurzweil da, ebensowenig wie jene, die in ihren Kindern von neuem leben, in unbegrenzter Liebe. Der haben Errungenschaft einer Schönheits- oder Modedivin wird so viel Aufmerksamkeit geschenkt; von dem übermäßigen Selbstentwurf mancher Mutter kündigt kein Bericht, es sei denn der traurige Abschluß einer dem Lebenskampf erlegenen Frau unter der Ueberschrift: „Die Verzweiflungstat einer Mutter.“

Der Muttertag muß seine Bedeutung dadurch rechtfertigen, daß das Wort Mutter jenen Klang erhält, der wie aus heiligen Hainen uns grüßt, der Geborgenheit und Frieden und Ruhe bringt. — Sehnen wir uns nicht letzten Endes doch noch — auch wenn wir noch so alt sind — nach der Mutter Hand, die beruhigend unseren Scheitel streicht? Haben wir nicht am besten in der Mutter Arm geruht, war nicht dort aller Kummer, alles Leid wie fortgewischt?

Wer faltete uns die Hände zum Gebet? Wer führte uns in die bunte, schillernde Märchenwelt? Wer gab den Festen ihr Gepräge? Wer hatte dem Weihnachtsmann unsere ganzen Ungezogenheiten erzählt, und wer suchte uns zu er-

## Kein Beamtenabbau, aber Nationalisierung

Empfang der Spitzenorganisationen beim Reichsfinanzminister Reichskanzler Dr. Brüning in Breslau — Grandi über Haag und London

Die „Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz“ teilt mit: Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat in seiner Etatsrede vom 2. Mai das Ausgaben-entlastungsgesetz angekündigt und damit eine Verminderung der Zahl der Reichsbehörden durch allmähliche Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden, ferner Vorschriften, die auf dem Gebiet der Sonderzuschläge, der Urlaubsregelung und der Pensionskürzung eine Verminderung der Gesamtausgaben erreichen sollen, schließlich auch noch ein Besoldungsperrgesetz. Die Ankündigungen des Reichsfinanzministers, die im einzelnen nicht spezifiziert waren, haben in der gesamten Beamtenschaft große Beunruhigung hervorgerufen. Auf Anregung des Deutschen Beamtenbundes hat Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer am Freitag die Vertreter der Spitzenorganisationen empfangen und eingehend zu seinen Ankündigungen Stellung genommen. Dabei erklärte der Reichsfinanzminister, er beabsichtige

keinen Beamtenabbau nach dem alten Muster von 1924, aber eine gewisse Nationalisierung.

Die beabsichtigten Maßnahmen sollten ohne unnötige Schärfe und Härten auf dem Wege des natürlichen Abganges durchgeführt werden in einer Form, die auch für die Beamtenschaft tragbar sei. Der Reichsfinanzminister erklärte weiter, daß die Rechte der Beamtenschaft nicht gemälert werden dürfen und die materiellen Grundlagen der Beamten erhalten bleiben müssen. Gewisse Ersparnisse auf organisatorischem Gebiet ließen sich aber nicht vermeiden.

## Die Wirtschaftspolitik vor dem Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet am Freitag über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums. Zunächst schlug Abg. v. Raumer (D. Sp.) vor, an Stelle der vom Reichstag für die Leipziger Messe bewilligten 800 000 M. 400 000 M. einzusetzen, dafür aber für das übrige Messewesen 100 000 M. zu bewilligen. Die Beihilfe für die Amerika-Studenten solle von 50 000 auf 100 000 Mark erhöht werden. Für die fremdsprachliche Ausbildung der Beamten im Ministerium seien 10 000 M. einzusetzen. So könne man im ganzen 636 000 M. ersparen. — Dr. Köhler (Str.) stellte aus den Erläuterungen des Etats mit Bedauern fest, daß die Saarverhandlungen nicht den erhofften schnellen Fortgang genommen hätten. Dr. Köhler und Dr. Reichert (Dnat.) verlangten Ersparnisse in der Stellenbesetzung. Die Betriebe der öffentlichen Hand müßten auf das Mindestmaß beschränkt werden und dürften keine steuerlichen Begünstigungen bekommen. Sehr bedeutsam sei die Feststellung des Arbeitsministers Dr. Stegerwald, daß 12 Millionen Deutsche, also ein Fünftel, Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhielten. Die Zahlungen verteilen sich folgendermaßen: Zahlungen an Arbeitslose 4200 Mill. M., Invaliden- und Knappschaftsrenten 3800 Mill. M., Zahlungen an Kriegsbeschädigte 2400 Mill. M., Wohlfahrtspflege 1500 Mill. M., Zahlungen an Unfallrenten 1000 Mill. M., Pensionäre 1000 Mill. M. Die Zuwendungen betragen also 13,9 Milliarden Mark im Jahre. Das sei die wichtigste Charakterisierung der gegenwärtigen Wirtschaftslage. — Abg. v. Raumer (D. Sp.) erklärte, die Genfer Zollfriedensbestrebungen könnten wir nicht mitmachen. Festhalten sollten wir an dem System der Exportförderung. Die Subventionspolitik habe sich totgelaufen. — Abg. Tarnow (Soz.) bestritt, daß die Startheit der Lohnsätze die Besserung der Wirtschaftslage hindere. Die jetzige Depression zeige den unheilvollen Einfluß auf die Preise. — Frau Dr. Lüders (Dem.) verlangte die Vorlegung der Handelsverträge mit Oesterreich und Polen und Auskunft über die Verhandlungen mit Rumänien und Ungarn. Sie wandte sich gegen das System der Meistbegünstigung und forderte Förderung des Massewesens, verlangte 400 000 Mark für Leipzig und 200 000 Mark für die übrigen Messen.

## Reichswirtschaftsminister Dietrich

stimmte den Anträgen des Berichterstatters v. Raumer zu. Er teilte dann mit, daß eine Kommission unter Führung des Abg. Dernburg zur Reform des Reichsstatistischen Amtes gebildet werden solle. Die Präsidentenstelle im Reichswirtschaftsgericht werde man nur provisorisch besetzen, um zu größerer Rechtseinheitlichkeit zu kommen. Unser Zollsystem sei durch den Vertrag mit Amerika bis zum 1. Oktober 1935 gebunden. Nach diesem Zeitpunkt müßten wir freie Hand erhalten. Die Exportförderung gehe in Richtung der überseeischen Länder, die Exportgarantie in Richtung

der Ostseestaaten. In diesem Zusammenhang beschäftigte sich der Minister mit dem Maismonopol und mit den Wirtschaftsbeziehungen zu den Donaufstaaten. Die Verträge mit Oesterreich und Polen, die zur Zeit im Reichstag lägen, würden demnächst dem Reichstag zugehen. Sorge mache uns der Vertrag mit Finnland. Das Urteil über die Subventionspolitik sei zu unterschreiben. Die Osthilfe solle auch dem Gewerbe, dem Handel und der Industrie zugute kommen. Kernproblem der Wirtschaft sei die Arbeitslosenfrage. Unerträglich sei es, jedes Jahr über eine Milliarde ohne jeden Gegenwert auszugeben.

Dr. Dersaue (Zentrum) verlangte eine stärkere Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung zur Förderung der Wirtschaft. Deutschland brauche eine planmäßige Organisation für die Vereinnahmung von Auslandskapital und für die Wiederherbeziehung des deutschen, ins Ausland abgewanderten Kapitals. Abgeordneter Sachsenberg (W. P.) verlangte eine Zusammenlegung des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums. Er beschäftigte sich vornehmlich mit der Notwendigkeit, das Handwerk zu fördern. Deutschlands Wirtschaft sei auf Qualitätsarbeit angewiesen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzieren zu können.

Abg. Wienbeck (Dnat.) verlangte größere Förderung des Mittelstandes, trat für die Belebung des Baumarcktes und für das Kleingewerbe ein. Graf Westarp (Dn.) betonte, daß Deutschland neue Bindungen auf neue Zeit in den Handelsverträgen nicht eingehen dürfe. — Dr. Silberding (Soz.) äußerte sich demgegenüber, daß die Sozialdemokraten einer Aufhebung des jetzigen Systems der Meistbegünstigung den stärksten Widerstand entgegenstellen würden. — Abg. Rauch (Bayer. Sp.) betonte, daß Deutschland in seiner jetzigen Lage keine Wirtschaft nicht der Doktrin des Freihandels zum Opfer bringen dürfe. — Abg. Pfeiffer verlangte Prüfung der Frage, ob die Stilllegungsverordnung in dem jetzigen Ausmaß ohne Schädigung der Wirtschaft weiter durchgeführt werden könne.

In der Einzelberatung begründete Abg. Tarnow (Soz.)

## eine Entschließung,

in der es u. a. heißt: Der Zuschuß von 500 000 Mark an das Reichsstatistikamt für Wirtschaftlichkeit wird mit der Maßgabe bewilligt, daß das Reichsstatistikamt gehalten ist in seinem Vorstand und seinen Ausschüssen eine stärkere Beteiligung von Arbeitnehmervertretern herbeizuführen, den Fragen der Rationalisierung auch hinsichtlich der sozialen und gesundheitlichen Auswertung stärkere und dauernde Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das Reichswirtschaftsministerium wird aufgefordert, den Rechnungshof zu eruchen, die Verwendung der Reichsmittel durch das Reichsstatistikamt für Wirtschaftlichkeit im Etatsjahr 1929 und 1930 eingehend und bis ins einzelne durchzuprüfen und bis zur Etatsberatung für 1931 einen Plan zur Umorganisation des Reichsstatistikamtes für Wirtschaftlichkeit im Sinne einer Zentralisierung aller deutschen Rationalisierungsaufgaben bei dieser Stelle unter Umwandlung des Reichsstatistikamtes in ein Aufsichtsgremium, etwa im Sinne der Deutschen Forschungsgemeinschaft, vorzulegen. Die sozialdemokratische Entschließung wurde angenommen.

Zum Kapitel Reichswirtschaftsgericht erklärte der Minister, daß die Einrichtung abgebaut werde. Ein Betrag von 500 000 M., der zur Förderung des deutschen Außenhandels durch Zinsverbilligung für Darlehen an deutsche Exporteure eingesetzt war, wurde auf 13 000 M. vermindert, nachdem festgestellt war, daß im vergangenen Jahre nur 13 000 M. verbraucht worden waren. — Zum Schluß wurde der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichswirtschaftsrats mit den eingangs erwähnten Abänderungen gemäß dem Vorschlag des Berichterstatters, des Abg. v. Raumer, bewilligt. Nicht einbezogen wurden die Forderungen für die Messen, die an anderer Stelle erledigt worden waren.

## Reichskanzler Dr. Brüning in Breslau

Breslau, 9. Mai. Reichskanzler Dr. Brüning hielt am Freitag in Breslau eine Rede vor einer Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei Niederschlesiens. Dr. Brüning traf gegen 12 Uhr in Breslau ein und begab sich zunächst zum Fürstbischöflichen Palais, um den Kardinal Berram seine Aufwartung zu machen. Die Versammlung fand im kleinen Saal des Vinzenz-Hauses statt und wurde vom stellvertretenden Kanonikus, Dr. Otto, eröffnet. Der Abgeordnete Dr. Perlitius wies darauf hin, daß der schlimmste Zustand in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands erreicht sei und daß man aus manchen Anzeichen auf einen Konjunkturaufschwung in nächster Zeit schließen könne. Nach

